

V-69 Dringlichkeitsantrag: Syrien und Irak: tun, was möglich ist. Humanitäre Hilfe leisten - politische Lösung voran bringen

Antragsteller*in: Omid Nouripour ((KV Frankfurt am Main))

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 In Syrien, Irak und der Region eskaliert eine humanitäre Katastrophe von schockierendem
2 Ausmaß. Wir erleben entgrenzte Gewalt mit über einer halben Millionen Toten und mit 12
3 Millionen Syrer*innen und 5 Millionen Iraker*innen auf der Flucht. Aus der brutalen
4 Bekämpfung des Bürgerprotests durch Assad in Syrien und den Folgen der fehlgeleiteten
5 Invasion im Irak haben sich Stellvertreterkriege regionaler und globaler Machtinteressen
6 entwickelt. Bündnis 90 / Die Grünen blicken mit großer Sorge auf das Scheitern von mehreren
7 UN-Sondergesandten für Syrien, das Scheitern einer inklusiven Regierung im Irak und den
8 Aufstieg von ISIS/Daesh.

9 Im Zentrum unseres Engagements für die Region steht das Ziel, Frieden für die Syrer*innen
10 und Iraker*innen zu erreichen. Wir kritisieren, dass es im Ringen um Lösungen manchmal nur
11 noch darum zu gehen scheint, auf welcher Seite man steht: USA oder Russland, Saudi-Arabien
12 oder Iran, Sunniten oder Schiiten, Türkei oder Kurden, syrische Kurden oder irakische
13 Kurden. Außerdem werden durch den angeblich gemeinsamen Kampf aller Akteure gegen ISIS/Daesh
14 Fakten geschaffen, die die eigentlichen Konfliktursachen nicht angehen sondern verschärfen.
15 Die Ursachen der Konflikte in Syrien und Irak mögen vielschichtig und unterschiedlich sein,
16 für alle gilt aber: Es braucht eine politische Lösung für die gesamte Region.

17 Und auch wenn es schwerfällt, müssen wir leider einsehen, dass wir von Deutschland oder
18 Europa aus alleine den Konflikt nicht lösen und das Morden enden werden können. Aber die
19 Handlungsmöglichkeiten die wir haben, sollten wir in vollem Umfang ausschöpfen, um unseren
20 Beitrag für einen Frieden in Syrien und Irak zu leisten.

21 Wir GRÜNE haben intensiv über den Umgang mit den entstandenen Konflikten und deren mögliche
22 Deeskalation gerungen und haben immer wieder zum Frieden in der Region, zu einer humanitären
23 Offensive sowie zu einer politischen Lösung aufgerufen und Konzepte dafür vorgelegt.^[1] Für
24 uns ist die Suche nach einer Lösung dieser Konflikte Ausdruck unserer internationalen
25 Verantwortung, die wir nicht erst angefangen haben wahrzunehmen, als viele der Geflüchteten
26 nach Europa kamen, um hier Zuflucht zu suchen. Aktuell schauen wir mit Entsetzen auf die
27 menschenverachtende Belagerungssituation um Aleppo in Syrien und mit Sorge auf Mossul im
28 Irak angesichts der militärischen Offensive. Auch wenn die Konflikte um die beiden Städte
29 unterschiedlich gelagert sind, so kann man doch an beiden wie unter einem Brennglas
30 erkennen, was das Drama der gesamten Region ausmacht.

31 Kämpfe um Aleppo umgehend beenden

32 Nirgendwo werden die humanitäre Katastrophe und der rücksichtslose Kampf auf dem Rücken der
33 Zivilisten derzeit sichtbarer als in Aleppo. Nach Einschätzung des Nothilfekoordinators der
34 Vereinten Nationen Stephen O'Brien durchleidet die Stadt seit Monaten eine „humanitäre
35 Katastrophe, wie sie in Syrien noch nicht erlebt worden ist“. Mehr als 250.000 Menschen sind
36 von allen notwendigen Gütern abgeschnitten, während die militärische Auseinandersetzung
37 immer heftiger wird. Dass sich im Ostteil der Stadt auch Islamisten verschanzt haben und
38 dass auch sie Kriegsverbrechen begehen, rechtfertigt in keiner Weise Kriegsverbrechen wie
39 die Bombardierung ziviler Gebiete, unter anderem von Krankenhäusern und Schulen, mit Streu-,
40 Brand und bunkerbrechenden Bomben und die Verhinderung des Zugangs für humanitäre Hilfe.
41 Diese Verbrechen werden durch die Truppen Assads mit Unterstützung Russlands während der

42 Belagerung begangen. Der Sicherheitsrat ist deswegen blockiert, und die zahlreichen Aufrufe
43 des VN-Generalsekretärs, den Sondergesandten für Syrien und Hilfsorganisationen zu einer
44 dauerhaften Waffenruhe, den garantierten Schutz und die Notversorgung von Zivilist*innen
45 sowie konstruktive Friedensgespräche wurden von den Kriegsparteien bislang weitestgehend
46 ignoriert. Dennoch ist die internationale Gemeinschaft im fünften Jahr nach Kriegsausbruch
47 mehr denn je gefragt, den Menschen in Syrien zu helfen.

48 Bündnis 90 / Die Grünen verurteilen aufs schärfste die Verbrechen, die an Zivilist*innen in
49 Syrien verübt werden. Die Bombardierung von Krankenhäusern, Angriffe auf Hilfstransporte und
50 deren Blockade und damit verbunden die Tatsache, dass knapp 700.000 Zivilist*innen in
51 belagerten Orten von nahezu jeglicher humanitären Hilfe abgeschnitten werden, sind
52 Kriegsverbrechen und müssen auch so benannt werden. USA und Russland müssen umgehend die
53 Gespräche zu einer dauerhaften Beendigung der Kämpfe in Syrien wiederaufzunehmen und das
54 Waffenstillstandsabkommen vom 12. September 2016 muss wieder in Kraft gesetzt werden.

55 Eine politische Lösung für Syrien voranbringen

56 Der politische Druck auf alle Kriegsparteien muss in Syrien weiter erhöht werden. Dies gilt
57 vor allem für Russland, da Putin dafür sorgt, dass Assad den Krieg gegen Teile der syrischen
58 Bevölkerung weiter führen und schwerste Kriegsverbrechen begehen kann: Aushungern und
59 politische Säuberungen als Strategie, Verweigerung von humanitärer Hilfe für Zivilist*innen,
60 den Abwurf von bunkerbrechenden, Fass-, Brand- und Chemiebomben (letztere trotz
61 Einwilligung, diese zu vernichten) auf Wohnviertel und Folter in staatlichen Gefängnissen.
62 Russland unterstützt das Regime und macht die Kriegsverbrechen erst möglich, anstatt seinen
63 Einfluss hin zu einer Lösung des Konflikts geltend zu machen. Wir fordern, dass diese
64 Verbrechen klar benannt werden.

65 Wir sollten uns im Rahmen der EU auf Maßnahmen einigen, die den notwendigen Druck auf
66 Russland ausüben können, um weitere Verbrechen an syrischen Zivilist*innen zu verhindern.
67 Gleichzeitig muss klargemacht werden, dass keine Partei, die für Kriegsverbrechen
68 verantwortlich ist, mit einem moralischen Rabatt rechnen kann.

69 So müssen auch die Bombardierungen von Stellungen syrischer Regime-Truppen nahe Deir-ez-Zor
70 durch die USA während des Waffenstillstandes am 12. September kritisiert und aufgeklärt
71 werden. Der Vorfall hat die Lage verschärft und darf sich nicht wiederholen.

72 Wir GRÜNE haben uns in der Vergangenheit für die Möglichkeit einer „Uniting for Peace“-
73 Resolution für Syrien ausgesprochen. Wir begrüßen deshalb die kanadische Initiative, eine
74 „Uniting for Peace“-Resolution in der VN-Generalversammlung zu erwirken, um an Stelle des
75 blockierten Sicherheitsrates Maßnahmen für Syrien zu beschließen. Wir fordern darüber
76 hinaus, bereits heute die Vorbereitungen für ein Syrien nach dem Krieg zu treffen. Es muss
77 Formate der Versöhnung und rechtlichen Aufarbeitung geben sowie eine Garantie für faire,
78 unabhängige Gerichtsprozesse geben. In einer politischen Lösung muss es um die
79 Beteiligungsrechte alle Syrer ohne Diskriminierung und um Gerechtigkeit gehen. Rache- und
80 Vergeltungsakte müssen unbedingt verhindert werden – eine politische Lösung muss dafür Sorge
81 tragen, dass alle Zivilist*innen gleichbehandelt werden. Dies ist langfristig mit Assad an
82 der Spitze des Staates nicht möglich.

83 Mossul darf nicht Spielball der Regionalmächte werden

84 Mit dem Sturm auf Mossul wird ISIS/Daesh hoffentlich die wichtigste Bastion seiner
85 Staatlichkeit verlieren. Und auch wenn es gut ist, wenn ISIS/Daesh hier geschlagen wird, so
86 drohen in Mossul heute schon die Grundlagen für den nächsten Brandherd gelegt zu werden.
87 Mossul darf nicht zum Spielball der Regionalmächte werden. So will die irakische Regierung
88 mit der Unterstützung der iranischen Regierung und mithilfe schiitischer Milizen Mossul, die

89 Hochburg der Sunniten im Irak. Diese sind für ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen Sunniten
90 bekannt. Die irakischen Kurden werden von Saudi-Arabien unterstützt, das auf diese Weise
91 seinen Kampf um regionale Dominanz mit den Schiiten fortführt. Auch Erdogan unterstützt die
92 Kurden, ohne dafür die Erlaubnis der irakischen Regierung zu haben, auf irakischem Gebiet
93 einzugreifen. Das ist eindeutig völkerrechtswidrig. Gleichzeitig bildet die Türkei
94 sunnitische Milizen aus, die auch an dem Sturm aus Rakka beteiligt sind. Hinzu kommt, dass
95 Mossul bereits vor der Besetzung durch ISIS/Daesh außerhalb der Kontrolle der irakischen
96 Zentralregierung lag und es bereits 2012 Berichte von Vertreibungen der Christen Mossuls
97 gab. Die Befreiung Mossuls mag militärisch erreichbar sein, die Befriedung und
98 Stabilisierung nach ISIS/Daesh ist aber nur mit einer politischen, von allen Parteien
99 mitgetragenen Lösung möglich.

100 Wir GRÜNE fordern, mit allen Mitteln einer weitsichtigen und inklusiven Diplomatie Druck auf
101 die beteiligten Parteien auszuüben, damit Mossul nicht das nächste Kapitel des zynischen
102 Stellvertreterkriegs dieser Region wird. Es braucht eine enorme humanitäre Offensive, um die
103 bis zu 1,2 Millionen Flüchtlingen menschenwürdig zu versorgen. Und wir fordern, die Kräfte
104 zu stärken, die glaubhaft für eine inklusive Zukunft des Iraks eintreten.

105 Humanitäre Offensive für die Region

106 Derzeit benötigen 13,5 Millionen Menschen in Syrien und über 10 Millionen im Irak humanitäre
107 Hilfe. Der Etat für humanitäre Hilfe für 2017 muss dringend erhöht werden. Es ist fatal und
108 unverständlich, dass der Etatentwurf für 2017 eine Kürzung der Gelder für humanitäre Hilfe
109 um 400 Mio. Euro vorsieht während wir solch einer humanitären Katastrophe gegenüberstehen.
110 Die Bundesregierung muss den internationalen Hilfsorganisationen Planungssicherheit geben
111 und Gelder realistisch veranschlagen, damit wir unserer moralischen und völkerrechtlichen
112 Verantwortung in Syrien und in Mossul nachkommen können. Außerdem fordern wir ein
113 großzügiges und nachhaltiges Resettlement-Programm für den Irak und die Nachbarstaaten
114 Syriens in die EU. Der Familiennachzug für syrische Flüchtlinge muss wieder im vollen Umfang
115 möglich werden.

116 Sehr besorgt sind wir über Vorwürfe gegen die VN, wonach diese zu eng mit dem syrischen
117 Regime zusammen arbeiten. Fast ausschließlich Menschen in den von Assad kontrollierten
118 Gebieten erhalten humanitäre Hilfe. 4,5 Millionen Menschen in schwer zu erreichenden
119 Gebieten brauchen dringend humanitäre Versorgung, fast eine Million davon unter Belagerung.
120 Das syrische Regime darf nicht länger verhindern, dass Hilfslieferungen wirklich und
121 flächendeckend bei den notleidenden Menschen ankommen. Humanitäre Hilfe darf nicht als
122 Kriegsstrategie missbraucht werden.

123 Wir unterstützen daher eine Evaluation des bisherigen humanitären Engagements, damit die VN
124 sich weiterhin auf ihre Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität berufen können und
125 Missstände gegebenenfalls behoben werden. Die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der VN
126 sind essentiell, sonst verlieren wir eines der wichtigsten Instrumente der Verständigung,
127 Konfliktlösung und humanitären Hilfe.

128 Es reicht nicht, dass wir einer der größten Geber für Syrien sind – wir müssen auch bereit
129 sein, die Maßnahmen, welche dieses Geld ermöglicht, durchzusetzen. Darum müssen die VN-
130 Resolutionen umgesetzt werden, um humanitäre Hilfe auch gegen den Willen Assads leisten zu
131 können. Die Bundesregierung muss sich stärker dafür einsetzen, dass dies auch passiert. Wir
132 fordern deshalb von der Bundesregierung, sich zusammen mit ihren Partnern an ihre eigene
133 Zusage im Rahmen der International Syria Support Group (ISSG) zu halten. Die Staaten der
134 ISSG müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Vereinten Nationen und das World
135 Food Programme unterstützen, eine Luftbrücke für alle notleidenden Menschen in Syrien
136 einzurichten.

137 Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen, die vom Assad-Regime belagert und aus den
138 Rebellengebieten vertrieben werden, registriert und versorgt werden können. Daraya darf sich
139 nicht wiederholen: 2.000 Menschen wurden vertrieben und wir wissen bis heute nicht, was mit
140 ihnen passiert ist. In Mossul drohen ähnliche Szenarien. Die VN müssen entsprechend
141 finanziell, personell und rechtlich ausgestattet werden, damit Zentren für die Registrierung
142 eingerichtet werden und die Menschen im Anschluss Versorgung erhalten können. Eine Rückkehr
143 muss nach Ende der Kampfhandlungen möglich sein.

144 Wir GRÜNE werden uns weiterhin bestimmt für eine friedliche Zukunft der Region einsetzen.
145 Gerade jetzt darf nicht weggeschaut oder vor den scheinbar unlösbaren Problemen kapituliert
146 werden. Wir müssen zusammen die Möglichkeiten und Mittel, die uns zur Verfügung stehen,
147 nutzen, um das tägliche Leid der Menschen zu lindern und eine langfristige politische Lösung
148 voranzutreiben.

149 [\[1\]](#) 2011 in Kiel: „Das Regime in Syrien international isolieren – Die syrische Opposition
150 unterstützen“; 2012 in Hannover: „Für eine friedliche, freie und demokratische Zukunft
151 Syriens“; 2013 in Berlin: „Friedensprozess in Syrien unterstützen“; 2014 in Dresden:
152 „Syrienkrise: Die Augen vor der humanitären Katastrophe in der Region nicht verschließen“
153 sowie in Hamburg: „Europäische Friedenspolitik Warum wir europäisches Engagement in der Welt
154 brauchen“ und „Europäische Friedenspolitik BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den Menschen in
155 Kurdistan, dem Irak und Syrien!“; und 2015 in Halle: „Lokal und global: Fluchtursachen
156 angehen statt Symptome bekämpfen“, „Nous sommes unis - Mit Besonnenheit und Solidarität
157 gegen die Angriffe auf Freiheit und Demokratie“ und „Für Frieden und Freiheit in der Türkei“

Begründung

erfolgt mündlich

Begründung der Eilbedürftigkeit: Die Antragsfrist für eigenständige Anträge zur BDK ist am 30. September 2016 abgelaufen. Die Situation vor Ort ändert sich derzeit nahezu täglich. Gravierende Beispiele hierfür sind der Beginn der militärischen Operation in Mossul sowie die Zuspitzung der humanitären Situation in Aleppo. Daher will der Antrag eilbedürftig eingereicht.

Weitere Antragsteller*innen

Claudia Roth (KV Augsburg); Dr. Franziska Brantner (KV Heidelberg); Dr. Frithjof Schmidt, (KV Bochum); Peter Heilrath (KV München); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Dr. Anton Hofreiter (KV München-Land); Dr. Simone Peter (KV Saarbrücken); Cem Özdemir (KV Stuttgart); Dr. Robert Habeck (KV Flensburg); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Luise Amtsberg (KV Kiel); Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg); Karl-Willhelm Koch (KV Vulkaneifel); Viola von Cramon (KV Göttingen); Sara Nanni (KV Münster); Eike Hallitzky (KV Passau-Land); Ute Koczy (KV Lippe); Mona Neubaur (KV Düsseldorf)